

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

16. August 2010

Herrn  
Ortsbürgermeister Hans-Dieter Kappler  
Ortsgemeinde Rötweiler-Nockenthal  
Forstweg 4  
55767 Rötweiler-Nockenthal

Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister,

für die Übersendung der verabschiedeten Resolution zur schwierigen Haushalts-situation danke ich Ihnen.

Uns allen ist bewusst, dass sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und somit auch die der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschlechtert hat. Der Konjunkturinbruch ist immer noch zu spüren. Während die Steuereinnahmen der Gemeinden – insbesondere bei der Gewerbesteuer und dem Einkommensteueranteil – in den Jahren 2006 bis 2008 kräftig sprudelten, ist das Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen im Jahr 2009 um fast 18 Prozent niedriger gewesen als im Vorjahr. Die Gewerbesteuereinnahmen als wichtigste kommunale Steuereinnahme lagen um 23,5 Prozent niedriger als in 2008. Auch aus der zweitwichtigsten Einnahmequelle der kommunalen Haushalte, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, flossen im Jahr 2009 17,7 Prozent weniger Steuern in die Kassen der Kommunen als im Vorjahr. Für das laufende Jahr wird mit einem weiteren Rückgang der Steuereinnahmen von rund 46 Mio. Euro gerechnet. Nach den Prognosen der Steuerschätzer ist voraussichtlich auch für die folgenden zwei Jahre mit weniger Einnahmen als im Jahr 2008 aus diesen beiden Steuerquellen zu rechnen. Erst im Jahr 2013 ist wieder ein Konjunkturverlauf zu erwarten, der in etwa dem des Jahres 2008

entspricht. Der Haushaltsausgleich wird durch die wegbrechenden Steuereinnahmen noch schwieriger.

Trotz der rückläufigen Einnahmen werden die Ausgaben voraussichtlich nicht entsprechend zurückgeführt werden können. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass die Kommunen durch ein weiteres Anwachsen der Ausgaben im sozialen Bereich in den nächsten Jahren zusätzlich finanziell belastet werden.

Mit weiteren negativen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen ist durch die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen zu rechnen. Allein schon das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird zu dauerhaften Mindereinnahmen von gut 120 Mio. Euro für den Landeshaushalt führen und die kommunale Ebene mit 60 Mio. Euro jährlich belasten! Wie Sie sicher der Presse entnommen haben, hat sich die Landesregierung unmissverständlich gegen derartige Steuersenkungspläne ausgesprochen, da sie für den Einzelnen wahrscheinlich wenig Entlastung bringen, die öffentlichen Haushalte und vor allem auch die der Kommunen jedoch nicht unerheblich zusätzlich belasten werden. Außerdem weise ich auf die Diskussion innerhalb der Bundesregierung um eine Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Ersatz durch nicht tragfähige Alternativmodelle hin. Ein solches Ansinnen der Bundesregierung würde eindeutig zu Lasten der Kommunen gehen.

Da auch der Landeshaushalt vom Einbruch der Steuereinnahmen betroffen ist, kann das Land die Verluste der Kommunen nicht ausgleichen. Im Jahr 2009 betrugen die Steuermindereinnahmen des Landes gegenüber den Ist-Einnahmen aus 2008 rund 635 Mio. Euro, im laufenden Jahr 2010 ist mit weiteren Steuermindereinnahmen von rund 255 Mio. Euro zu rechnen. Von den angekündigten Steuersenkungen des Bundes werden die Länder noch stärker betroffen sein als die Gemeindeebene, sodass sich auch die Finanzlage des Landes weiter verschlechtern wird.

Trotzdem unternimmt Rheinland-Pfalz im Unterschied zu anderen Ländern große Anstrengungen, um den Kommunen finanziell zu helfen. So kürzt beispielsweise das Land Baden-Württemberg seinen kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2009 um 781 Mio. Euro und 2010 um 759 Mio. Euro, in Hessen erfolgt im Jahr 2010 eine Kürzung in Höhe von 362 Mio. Euro. Umso positiver ist es deshalb zu bewerten, wenn in Rheinland-Pfalz der kommunale Finanzausgleich im Jahr

2009 um knapp 71 Mio. Euro und in 2010 um weitere 18 Mio. Euro zunimmt. Natürlich weiß ich, dass diese Beträge zum Ausgleich der kommunalen Steuereinbrüche nicht ausreichen, aber zumindest wird damit im Gegensatz zu anderen Ländern ein positives Zeichen gesetzt und die ergänzende kommunale Finanzierung nicht auch noch abgesenkt.

Das Land wird auch in Zukunft seine Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände wahrnehmen. Das von der Landesregierung am 8. Juni 2010 bekannt gegebene Maßnahmenpaket ("Reformagenda zur Verbesserung der kommunalen Finanzen") ist hierzu ein wichtiger Schritt. In der langfristigen Perspektive wird die Landesregierung ein Gutachten zur erneuten Überprüfung der fortdauernden Passgenauigkeit des Finanzausgleichssystems in Auftrag geben.

Erinnern möchte ich auch noch einmal daran, dass Rheinland-Pfalz die Finanzausgleichsmasse nicht nur in den "guten" Steuerjahren erhöht hat, sondern der Betrag wurde von 1.672 Mio. Euro im Jahr 2003 kontinuierlich auf 1.831 Mio. Euro im Jahr 2010 gesteigert. Die Schlüsselmasse wurde im gleichen Zeitraum von 794 Mio. Euro auf 949 Mio. Euro angehoben. Nicht nur die Schlüsselmasse ist ständig gewachsen, auch die Zuweisungen zu den Beförderungskosten und die allgemeinen Straßenzuweisungen wurden regelmäßig erhöht. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung beispielsweise steigen allein im Jahr 2010 um zwei Mio. Euro gegenüber 2009.

Obwohl Rheinland-Pfalz als anerkannt finanzschwaches Bundesland seine Kommunen im Rahmen seiner Möglichkeiten nach besten Kräften unterstützt, ist mir sehr wohl bewusst, dass alle diese Anstrengungen allein nicht ausreichen, um alle Kommunen in die Lage zu versetzen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz vertritt in seinem im Juni 2010 vorgelegten Kommunalbericht 2010 nicht nur die Auffassung, dass sich maßgebliche Verbesserungen der kommunalen Finanzausstattung nur durch eine umfassende Gemeindefinanzreform bewerkstelligen lassen, sondern verweist auch auf notwendige Konsolidierungsanstrengungen im Verantwortungsbereich der Kommunen selbst. Diese Auffassung wird von mir geteilt. Insbesondere steht der Bund in der Pflicht, auch für die von ihm verursachten Ausgabenerfordernisse der Kommunen finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Seien Sie versichert, dass sich Rheinland-Pfalz als Mitglied der

Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen für schnelle, aber auch durchdachte Lösungen für die kommunalen Gebietskörperschaften einsetzen wird. Ein abschließender Bericht der Gemeindefinanzkommission ist schon für Herbst dieses Jahres geplant.

Ich weiß um die Sorgen und Nöte der Kommunen und mir sind, wie Ihnen auch, die Ursachen für die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bekannt. Umso mehr wird es darauf ankommen, dass wir gemeinsam, Land und Kommunen, aber auch der Bund, diese schwierige Situation meistern. Die Konsolidierung der Haushalte bedarf auf allen Ebenen großer Anstrengungen. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Anstrengungen zum Erfolg führen werden.

Ich bitte Sie, die Mitglieder des Ortsgemeinderates Rötweiler-Nockenthal entsprechend zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. J. Fed'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.